



vlbs aktuell

Nummer 10/11
Jahrgang 44
Oktober/November 2022

Organ des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) im dbb

Rheinland-Pfälzischer Berufsschultag 2022 in Frankenthal -Zukunft BBS – Mehr Zeit für Pädagogik- (MP)



Die Kolleginnen und Kollegen während des Berufsschultages am 22. September in Frankenthal, der coronabedingt nur als Delegiertentag durchgeführt werden konnte.

Am 22. September fand der „rheinland-pfälzische“ Berufsschultag des vlbs im CongressForumFrankenthal (CFF) in Frankenthal statt. Dieser Berufsschultag musste leider aufgrund der Corona-Pandemie auf einen Tag, den Delegiertentag, reduziert werden.

Mit dem Motto des Delegiertentages „Zukunft BBS – Mehr Zeit für Pädagogik“ möchte der vlbs das derzeit große Thema der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik, die Gestaltung der „Schule der Zukunft“ aufgreifen und Gedanken aus Sicht der BBS-Lehrkräfte einbringen.

Zu Beginn des Delegiertentages konnten die anwesenden Delegierten der einzelnen Ortsverbände den Reden des Landesvorsitzenden Harry Wunschel und der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig aufmerksam folgen. Da neben den Delegierten keine weiteren Kolleginnen und Kollegen eingeladen werden konnten, hatte sich der vlbs etwas besonderes einfallen lassen, damit dennoch Interessierte

den beiden Reden folgen konnten. So konnte die Rede von Harry Wunschel und Dr. Stefanie Hubig über einen Livestream mitverfolgt werden. Mittlerweile können die gestreamten Reden im Internet abgerufen werden.

Im Anschluss an die Reden wurde mit Oliver Schmidt, Victoria Gutting und Ramin Djahazi die Tagungsleitung eingesetzt.

In seinem Tätigkeitsbericht gab Harry Wunschel eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse seit dem letzten Berufsschultag 2019 in Kaiserslautern, verbunden mit einem kleinen Ausblick auf mögliche Arbeitsfelder des vlbs für die nächsten Jahre.

So berichtete der Vorsitzende vom erfolgreichen Kampf um Masken und Impfmöglichkeiten für die Lehrkräfte während der Pandemie.

Der vlbs-Newsticker habe sich als hervorragendes Kommunikationsmittel

erwiesen. Er sei während der Phase der PR-Wahlen 2021 allen Kolleginnen und Kollegen zugänglich gewesen und erscheine seit kurzem in neuem Design.

In dieser Ausgabe:

Titelseite und Seite 34 • Rheinland-Pfälzischer Berufsschultag 2022 in Frankenthal -Zukunft BBS - Mehr Zeit für Pädagogik-

Seite 34 bis Seite 36 • Rede des vlbs-Landesvorsitzenden Harry Wunschel
Seite 36 bis Seite 37 • Rede der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig anlässlich des Delegiertentages am 22.09.2022 in Frankenthal

Seite 38 • Neuwahlen der Ausschussvorsitzenden

Seite 39 • IN KÜRZE

Stadtrallye mit dem BV Trier in Bernkastel-Kues

Mit dem OV Germersheim/Wörth auf Exkursion

Seite 40 • Impressionen des Delegiertentages 2022 in Frankenthal

Vor 40 Jahren

Auch seien so viele Pressemeldungen wie noch nie veröffentlicht worden, ergänzt durch Auftritte in Radio und TV, so Harry Wunschel.

Die Digitalisierung habe einen deutlichen Schub nach vorne gemacht. Viele Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte erhielten digitale Endgeräte. Hier konnte die Durchsetzung der Möglichkeit eines zweiten Studientages zur Digitalisierung als Erfolg der Verbandsarbeit verbucht werden.

Zu 38 Online-Veranstaltungen konnten über 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßt werden.

Weitgehend online musste auch der Personalratswahlkampf stattfinden, der in einen überwältigenden Wahlerfolg bei den PR-Wahlen im Mai 2021 mündete. In HPR und BPR konnten die absoluten Mehrheiten deutlich ausgebaut werden.

Dafür richtete Harry Wunschel ein herzliches Dankeschön an alle Ortsverbände für ihre engagierte Basisarbeit.

Auch der von Joachim Lemmen konzipierte und 2021 erstmalig aufgelegte

Schulplaner sei ein weiterer Erfolg für den vlbs und erfreue sich großer Beliebtheit bei den Kolleginnen und Kollegen.

Als Hauptanliegen für die Arbeit der nächsten Jahre nannte der Landesvorsitzende den Einsatz für Entlastungen der Lehrkräfte, um dadurch mehr Zeit für Pädagogik zu bekommen. Auch die inflationsangepasste Anhebung der Arbeitslöhne sei ein großes Anliegen des vlbs.

Bei der sich anschließenden Wahl des Landesvorstandes kandidierten Horst Engel (Schriftführer) und Christoph Ringhoffer (Geschäftsführer) aufgrund ihrer Pensionierung und Andrea Wagner aufgrund des Eintritts in die Freistellungsphase der Altersteilzeit nicht mehr. Auch Diana Heimann kandidierte nicht mehr für das Amt der Kassenführerin.

Eine ausführliche Vorstellung der Personen erfolgt in der nächsten Ausgabe.

Wiedergewählt wurde Harry Wunschel als Landesvorsitzender, Mareike Schumacher und Andreas Hoffmann als Stellvertreter.

Neu gewählt wurde Markus Penner als Landesgeschäftsführer, Daniela Assheuer

als Kassenführerin, Katharina Schmitz als Schriftführerin und Andreas Cartarius als Schriftleiter von vlbs-aktuell.

Ein weiterer Tagungspunkt war die Entschließung der Anträge aus den einzelnen Ortsverbänden, Bezirksverbänden und Fachausschüssen.

Diese Anträge, in denen es u.a. um Themen wie Entlastung der Lehrkräfte, sozialpädagogische und schulpyschologische Betreuung und um Laufbahn und Beförderung geht, bilden die Grundlage für die Handlungsfelder des vlbs für die nächsten drei Jahre.



Dank ausführlicher Beschilderung konnte niemand die Delegiertenversammlung des vlbs verfehlen.

Rede des vlbs-Landesvorsitzenden Harry Wunschel (MP)

In seiner Rede ging Harry Wunschel zunächst auf das derzeit große Thema der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik, die Gestaltung der „Schule der Zukunft“ ein.

So berichtete er, dass für dieses zukunftsweisende Großprojekt, an dem in einem ersten Schritt 45 Schulen, darunter fünf berufsbildende Schulen beteiligt sind, alle Schulen im Land profitieren sollen. Dafür stünden 7,5 Mio. € zur Verfügung. Ein Teil der Gelder sei jedoch für bereits laufende Projekte verplant. Zwar sind zehn neue Stellen vorgesehen, jeweils zwei in jeder Schulart, jedoch ist eine Entlastung für die am Projekt teilnehmenden Schulen nicht vorgesehen.

Wie solle sich die BBS der Zukunft nachhaltig in der Fläche entwickeln können, wenn für die entscheidenden Projekte nur

sehr wenig oder gar keine der dringend notwendigen Entlastung für die teilnehmenden Lehrkräfte und Schulen zur Verfügung gestellt werde, so der Landesvorsitzende.

Der vlbs mache in den Personalratsgremien schon seit Jahren Entlastungsvorschläge, doch für nahezu jede neue Aufgabenumsetzung gebe es aus dem Bildungsministerium die Maßgabe der Kostenneutralität. Darum fordert der vlbs für die Lehrkräfte in der „BBS der Zukunft“ die Rückführung und Konzentration der Arbeitszeit auf die schulische Kernaufgabe, das Unterrichten.

Die letzten Schuljahre waren aufgrund der Corona-Pandemie alles andere als einfach, begleitet von vielen Unverständlichkeiten und Ärgernissen, die das Unterrichten zusätzlich erschwerten. Viele



Kolleginnen und Kollegen seien aufgrund der vielen neuen Aufgaben an ihre physischen und psychischen Grenzen gelangt, so Harry Wunschel.

Neben dem Präsenzunterricht wurden von jeder Lehrkraft u.a. neue Konzepte für den Online-Unterricht entwickelt



Harry Wunschel erhielt für seine Rede viel Applaus von den Delegierten.

und Wechselunterricht für viele Klassen ermöglicht. Die Schulleitungen kümmern sich u.a. um die Umsetzung der vielen neuen Anweisungen der Schulaufsicht, organisierten den Unterricht bei hohem Krankenstand und noch Vieles mehr.

Erfreulich sei, dass für das in den BBS in Kooperation mit den Betrieben sehr weit verbreitete Videokonferenzsystem MS Teams trotz Konflikten mit dem Datenschutzbeauftragten, nach mühevolem Einsatz der Schulen und Verbände eine intelligente Lösung zur weiteren Nutzung in den berufsbildenden Schulen gefunden werden konnte.

Vielleicht werde auf Grundlage des neuen Gerichtsbeschlusses des OLG Karlsruhe zum Datenschutz eine Nutzung von MS Teams bald allen BBS ermöglicht, so Harry Wunschel.

Mit einem neuen Vertrag zwischen Bildungsministerium und den Kommunen wurden die Aufgaben der System- und Anwendungsbetreuung zusammengeführt und unter die Verantwortung der Schulträger gestellt. Dennoch mussten einige Kolleginnen und Kollegen diese Aufgaben weiter übernehmen, nur jetzt mit weniger oder gar keiner Entlastung, bedauerte der Landesvorsitzende.

Für die Betreuung des Schulcampus würde eine Lehrkraft der Schule vom PL ausgebildet und müsse die Funktionsfähigkeit des Systems vor Ort sicherstellen. Diese Campusbetreuerin, dieser Campusbetreuer sei für die Verwaltung der Personen- und Zugangsdaten verantwortlich. Deshalb fordert der vlbs mindestens eine Entlastungsstunde für die Campusbetreuerinnen und Betreuer, angemessen wären zwei Entlastungsstunden.

Die BBS-Personalräte versuchen diese Forderung in den Abschlussverhandlungen zur Dienstvereinbarung Schulcampus einzubringen und würden sich deshalb aktuell noch mit einer Unterschrift zurückhalten, so Harry Wunschel.

Enttäuschung sei bei der Weiterentwicklung des BVJ zu spüren. Ein wichtiger Baustein des zweijährigen Modellversuches in zehn Pilotschulen war die Absenkung der Höchstzahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse von 16 auf 14.

Diese neue Klassenmesszahl und damit die Anpassung der PauSE-Faktoren wurde auch für die Zeit nach der Pilotphase bestätigt. Nach der auf zwei Jahre verlängerten Pilotphase wollte das Bildungsministerium von diesem Versprechen nichts mehr wissen.

Ein vermeintlicher Lichtblick zeigte sich, als in der Vorlage der Stundentafel zusätzlich 200 Stunden für Lernberatung, Praktikumsbegleitung sowie zusätzliche pädagogische und organisatorische Unterrichtsgestaltung aufgeführt waren. Leider dürfen diese Zusatzstunden nicht vergeben werden, obwohl die Aufgaben geleistet werden müssen. Da die Stunden formal meist in die Praktikumszeit gelegt werden, sei dies eine Art Stundenfaktorisierung durch die Hintertür.

Trotzdem: Der vlbs dankt allen, die sehr viel Arbeit und Herzblut in die Weiterentwicklung des BVJ in den letzten Jahren investiert und auf der pädagogischen Seite tatsächlich etwas bewegt haben. Leider sei die versprochene „Handreichung“ aufgrund der späten Vorgaben aus dem Ministerium erst in den Sommerferien in den Schulen eingetroffen, informiert Harry Wunschel.



Die Bildungsministerin Frau Dr. Stefanie Hubilg (2.v.l.) und die Abteilungsleiterin BBS, Frau Petra Jendrich (links), hören aufmerksam den Ausführungen des Landesvorsitzenden zu.

Ein deutlicher Erfolg sei die Fortführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte.

In vielen Gesprächen des vlbs mit politischen Vertreterinnen und Vertretern wurde diese Forderung vorgetragen. Im Januar 2019 positionierten sich dann erstmals die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher von SPD, CDU, Grünen und FDP auf einem Neujahrstreffen des BV Südwest- und Vorderpfalz eindeutig für die Weiterführung der Altersteilzeit.

Seit Anfang dieses Jahres steht es nun fest, die Altersteilzeit für Lehrkräfte wird bis 2026 unter den bisherigen Konditionen weitergeführt.

Ein Teilerfolg sei ebenso die geplante Einführung eines bundesweit gültigen Nahverkehrstickets für monatlich 49 bis 69 EUR. Damit würde die immer stärker werdende Forderung aus den Schulen nach einem Jobticket zumindest in Teilen erfüllt.

Der vlbs macht sich aber wenig Hoffnungen, dass die Einführung schnell erfolgt, denn alle Bundesländer sollen sich zur Hälfte an den Ticketkosten beteiligen.

Gleichzeitig zum Nahverkehrsticket müsse der Ausbau des Nahverkehrsnetzes insbesondere in ländlichen Regionen vorangebracht werden, sonst fände sich dieses Nahverkehrsticket in der Rubrik „großer Flop für den Klimaschutz“ wieder, so der Landesvorsitzende.

Das Schulverwaltungsprogramm edoo.sys sei spätestens seit dem letzten Schuljahr in den berufsbildenden Schulen nur noch als Chaosprogramm bekannt. Programmierfehler und damit verbundene negative Plausibilitätsprüfungen sowie Übermittlungsschwierigkeiten hätten den ohnehin hohen Zeitaufwand für Gliederungspläne und Schulstatistik nochmals maßlos in die Höhe schnellen lassen.

Der vlbs plädiert für geringere Anforderungen an eine dann endlich funktionierende Schulstatistik, denn die BBS der Zukunft brauche wieder die Konzentration der Arbeitszeit auf den Unterricht, entsprechend dem Motto des Delegiertentages: mehr Zeit für Pädagogik und Didaktik.

Die BBS benötige mehr neue Lehrkräfte, insbesondere in den beruflichen Fächern. Die Schülerzahlen werden laut allen Prognosen in den nächsten Jahren wieder ansteigen und gleichzeitig sei zu sehen, dass die derzeit wenigen Studierenden für das BBS-Lehramt nochmals weniger werden.

Die Zahl der neu ins Referendariat eintretenden Anwärterinnen und Anwärter habe sich bereits mehr als halbiert. Wenn nicht mit allen Mitteln gegengesteuert werde, müsse man wieder händierend über Quer- und Seiteneinsteigerprogramme Lehrkräfte suchen bzw. finden.

Vor dem Hintergrund stark gestiegener Inflationsraten sei eine Attraktivitätssteigerung sicherlich eng mit einer inflationsangepassten Besoldungserhöhung verbunden. Mit 2,8 % im Dezember bei einer Inflation von knapp 8 % bleibe auch unter Einrechnung der Corona-Sonderzahlung dieses Jahr nicht mehr viel von der Attraktivität übrig, resümiert der Landesvorsitzende.

Ebenso sei die aktuell bekannt gewordene Reduzierung der Beförderungsstellen A13/A14 für das Jahr 2023 nicht gerade eine Werbemaßnahme für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Während die Zahl der BBS-Lehrkräfte seit 2021 um 4 % gesunken sei, würden die Beförderungsstellen um 20 % gekürzt. Man müsse schon ins Jahr 2008 zurückgehen, um eine geringere Zahl an Beförderungsstellen zu finden.

Der Beförderungsstau an den berufsbildenden Schulen werde weiter zunehmen, so der Landesvorsitzende Harry Wunschel am Ende seine Rede zum Delegiertentag 2022 in Frankenthal.

Die gesamte Rede kann unter <https://m.youtube.com/watch?v=ZHbBSjiExXE> abgerufen werden.

Rede der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig anlässlich des Delegiertentages am 22.09.2022 in Frankenthal (Andreas Cartarius)

Zunächst ging die Bildungsministerin Frau Dr. Hubig in ihrer Rede auf die Corona-Pandemie ein und erklärte, dass in einer hohen Taktung, bedingt durch die ständig neuen Virusvarianten, die Politik stets vor neue Herausforderungen gestellt wurde.

Trotz Ungewissheit mussten Entscheidungen getroffen werden, wie beispielsweise zum Schutz vulnerabler Gruppen, oder die Schaffung notwendiger hygienischer Voraussetzungen, um eine Beschulung in Präsenz zu ermöglichen.

Frau Dr. Hubig betonte, dass auch ohne die notwendige Digitalisierung zu Beginn der Pandemie, die Situation mit allen vorhandenen Defiziten bei den Schülerinnen und Schülern gerade an den berufsbildenden Schulen gut bewältigt wurde. Auch wenn die digitalen Formate vieles schaffen könnten, sei die Komponente des sozialen Miteinanders im schulischen Kontext unersetzbar.

Besonderen Dank sprach die Bildungsministerin in diesem Zuge für die pragmatischen Handlungsweisen im BVJ aus. Durch die Notbetreuung mit dem notwendigen Augenmaß der Lehrkräfte und deren eigenen Ideen wurde den besonderen Anforderungen der Schülerinnen und Schülern Rechnung getragen.



Ebenso wurde von der Ministerin betont, dass die bürokratischen Mehrbelastungen permanent abgewogen würden. Sobald es die pandemische Lage es zulasse, würden diese auch wieder zurückgenommen.

Im Hinblick auf die Schreiben an die Schulen zum Wochenende hin führte sie an, dass die zeitlichen Abläufe oftmals den notwendigen systemischen Abfolgen geschuldet seien.

Zudem ging oftmals die mediale Veröffentlichung den offiziellen Schreiben des Bildungsministeriums voraus, da entsprechende Bund-Länder-Konferenzen live übertragen wurden.

Auch wenn die Corona-Pandemie noch nicht überwunden sei, hätten alle hart an

der Verbesserung gearbeitet. Dies zeige die Gewährleistung des Präsenzunterrichtes im vergangenen Schuljahr. Schulschließungen dürften auch künftig nur die Ultima Ratio sein, so die Ministerin.

Die Klimakrise und deren Folgen, die besonders im Ahrtal deutlich spürbar waren und heute noch die örtliche Bevölkerung beschäftige, habe Spuren hinterlassen. Hier wurde allerdings ein hohes Maß an Solidarität deutlich, dass eine schnelle Hilfe in den betroffenen Regionen ermöglicht habe.

Der schreckliche Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, stelle die Bevölkerung ebenfalls vor besondere Herausforderungen. Die damit verbundene Gaskrise solle aber keinen Einfluss auf die Schulen haben.

Das Bildungsministerium hat sich dafür eingesetzt, dass die Schulen als geschützte Kunden von den Temperatursenkungen ausgenommen werden. Die Mindesttemperatur in den weiterführenden Schulen bleibt bei 20 Grad, so die Ministerin.

Frau Dr. Hubig berichtete, dass gerade in den letzten zweieinhalb Jahren alle Bürgerinnen und Bürger in besonderem Maße gefordert waren.



Uschi Killing (links) zusammen mit Harry Wunschel (rechts) im Gespräch mit Petra Jendrich (2.v.l.) und Dr. Stefanie Hubig (3.v.l.).

Besonders die schulische Entwicklung der jungen Menschen war davon betroffen.

Die Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer sei es, die negative Entwicklung mit ihrer Professionalität aufzufangen, um den Jugendlichen dennoch einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen.

Frau Dr. Hubig bedankte sich in diesem Zusammenhang bei allen Lehrkräften, da durch deren besonderes Engagement eine bessere Zukunft für die Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden könne.

Weiterhin nahm Frau Dr. Hubig Stellung zur Fortführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte bis 2026 und wies darauf hin, dass diese Möglichkeit für keine andere Beamtengruppe außer den Lehrkräften bestehe.

In ihrer Rede führte die Ministerin aus, dass sich die Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen gerade durch die bereitgestellten EQuL-Mittel stetig verbessere. Es fließe ein Viertel des diesjährigen Landeshaushaltes in die Bildung. Zudem konnten in diesem Jahr 750 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte geschaffen werden.

Dabei nahm die Ministerin die besondere Stellung der beruflichen Bildung in den Fokus, der man mit einem qualitativ hochwertigen Ausbau des Quer- und Seiteneinstieges in Mangelfächern entgegenwirken möchte.

Zudem ging die Ministerin auf das Thema „Zukunft BBS – mehr Zeit für Pädagogik“ ein. Sie hob in diesem Zusammenhang die zentrale Rolle der berufsbildenden

Schulen in der deutschen Bildungslandschaft hervor.

Mit insgesamt Zweidritteln aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II bilde die berufsbildende Schule die Schnittstelle zur Arbeitswelt, die ein unabhängiges, selbstständiges und gelingendes Leben erst ermögliche.

Trotz der vielen Aufgaben, die zu bewältigen seien, solle es das Ziel sein, die berufliche Bildung in der gesamten Fläche zu stärken. Dabei stelle die duale Ausbildungsform das Zentrum dar. Ebenso müssten die gymnasialen Angebote an die Bedürfnisse der jungen Menschen angepasst werden.

Die Digitalisierung sei aktuell eines der wichtigsten Themen, so Frau Dr. Hubig. Aufgrund der direkten Anbindung an die Berufswelt hätten gerade berufsbildende Schulen intensivere Erfahrungen mit der digitalen Arbeit gemacht. Diese Erfahrungen möchte die Bildungspolitik für sich nutzbar machen.

In der Initiative „Schule der Zukunft“ starten in diesem Jahr landesweit 45 Schulen. Diesen Prozess solle die berufsbildende Schule aktiv mitgestalten.

Um die Lehrkräfte zu entlasten, plant das Bildungsministerium Verwaltungsprozesse zu vereinfachen, um bürokratische Abläufe zu schmälern. Mit der Auslagerung der IT-Administration werde bereits ein zentrales Element in die Hand der Schulträger übergeben.

Auch würden digitale Medienkoordinatoren ausgebildet, welche vor Ort medienpädagogische Aspekte betrachten könnten, so Frau Dr. Hubig.

Im Zuge der Bildungsgerechtigkeit sieht die Bildungsministerin die Reform des BVJ als den richtigen Weg an. Mit der verstärkten Schulsozialarbeit, der Arbeit in multiprofessionellen Teams, einer stärkeren Anbindung an den Beruf und der Fachberatung, sieht das Ministerium eine höhere Abschlussorientierung.

Dabei müsse der Prozess gemeinsam mit den Pilotschulen reflektiert und gegebenenfalls nachgesteuert werden.

In diesem Zuge sprach die Bildungsministerin einen besonderen Dank an die Lehrerinnen und Lehrer aus, die sich dafür einsetzen würden, die Potenziale der jungen Menschen zum Vorschein zu bringen.

Neben der Bildungsgerechtigkeit sieht die Ministerin die Demokratiebildung in der heutigen Zeit als zentralen Punkt der politischen Bildung.

Sie hob in diesem Zusammenhang die Verbandstätigkeit hervor, die in einem demokratischen System durch einen respektvollen Umgang mit den unterschiedlichen Meinungen für eine gesunde Mischung Sorge.

Die zentralen Werte seien u.a. Freiheit, Frieden und Wohlstand, durch die sich unser demokratisches System auszeichne.

Die Bedeutung von Europa und der achtsamen Umgang miteinander sollten zentrale Elemente für die junge Generation in einer heterogenen Gesellschaft sein, in der die Spaltung immer wieder heraufbeschworen werde.

Im Pilotprojekt „Demokratiebildung an berufsbildenden Schulen“, an dem sich bereits sieben Schulen beteiligen, sollen Konzepte zur Demokratiebildung entwickelt und erprobt werden, so die Bildungsministerin.

Die komplette Rede der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig kann abgerufen werden unter: <https://m.youtube.com/watch?v=ZHbBSjiExXE>



Kollegen während der Pause nach den interessanten Reden von Harry Wunschel und Dr. Stefanie Hubig auf der Delegiertenversammlung des vlbs am 22.09.2022 in Frankenthal.

Neuwahlen der Ausschussvorsitzenden (MP)

Die insgesamt 161 Vertreterinnen und Vertreter aus den einzelnen Ortsverbänden haben auf der Delegiertenversammlung neben dem Landesvorstand auch die Vorsitzenden der Fachausschüsse neu gewählt.



Als Vorsitzende für den Ausschuss allgemeinbildender Fächer wurde **Uschi Killing** vom OV Boppard wiedergewählt.



Der Ausschuss Lehrerbildung wird weiterhin von **Matthias Deutsch** vom OV Trier geleitet.



Philipp Ritzmann vom OV Kaiserslautern bleibt weiterhin Vorsitzender des Ausschusses Lehrerfort- und -weiterbildung.



Als Vorsitzender des Ausschusses Fachlehrer wurde **Thomas Port** von OV Prüm wiedergewählt.



Brigitte Defren vom OV Kaiserslautern bleibt weitere drei Jahre Vorsitzende des Ausschusses Fachpraxislehrkräfte/BVJ.



Zur Wiederwahl als Vorsitzender für den Ausschuss Neue Technologien stellte sich **Jörg Hoffmann** vom OV Bad Kreuznach. Er wurde wiedergewählt.

Die einzelnen Ausschüsse arbeiten überwiegend projektorientiert. Wer Interesse an einem der Ausschüsse hat und sich einbringen möchte, kann sich gerne an die entsprechenden Vorsitzenden wenden.



Den Vorsitz des Ausschusses Junge Lehrerinnen und Lehrer übernimmt weiterhin **Marc Walgenbach** vom OV Bad Kreuznach.



Für den Ausschusses Sozialwesen und Pflege wurde **Christian Ebling** vom OV Mainz wiedergewählt.



Die am Delegiertentag gewählten Fachausschussvorsitzenden, v.l.n.r.: Philipp Ritzmann, Brigitte Defren, Uschi Killing, Jörg Hoffmann, Thomas Port und Christian Ebling. Nicht auf dem Bild sind Marc Walgenbach und Matthias Deutsch.

Die Fachausschüsse Hauswirtschaft und Schulpolitik können aktuell nicht besetzt werden, sie werden vom Landesvorstand betreut.

IN KÜRZE (MP)

Freiheitsrechte werden auch an Schulen verteidigt. Demokratie gäbe es nicht ohne Demokratiebildung. Und wenn die Demokratie heute stärker bedroht sei, dann müsse unsere Antwort darauf auch eine stärkere Demokratiebildung sein, so die Bildungsstaatssekretärin Bettina Brück. Das inzwischen auf 52 rheinland-pfälzischen Modellschulen für Partizipation und Demokratie angewachsene Netzwerk, unter denen auch drei berufsbildende Schulen sind, startet mit Beginn des laufenden Schuljahres in eine neue Phase. Das Netzwerk dient vor allem dazu, dass die ausgewählten Schulen beim Thema Demokratiebildung ständig im Gespräch bleiben, Erfahrungen austauschen und vor allem Strategien entwickeln können, wie demokratische und freiheitliche Werte an den Schulen gelebt und weiterentwickelt werden können. Dass sei gerade im Angesicht eines neuen Krieges mitten in Europa bedeutender denn je, so Bettina Brück. *Quelle: Ministerium für Bildung, vom 06.10.2022*

Die Bundesregierung und ihre Partner haben die Fortführung und Weiterentwicklung der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) vorgestellt. Mit ausgeweitetem Engagement und gebündelten Aktivitäten aller Partner hat die NWS das Ziel, die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland zu erhöhen sowie Beschäftigte und Unternehmen angesichts der Transformation der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft noch stärker für Weiterbildung und Qualifizierung zu gewinnen. Die NWS liegt in der gemeinsamen Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und wird unter enger Einbindung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), der Bundesländer, der Wirtschaftsverbände und Sozialpartner sowie der Bundesagentur für Arbeit (BA) weiterentwickelt. Unter dem Motto „Kontinuität und Aufbruch“ enthält die Weiterbildungsstrategie konkrete Maßnahmen und neue Initiativen zur Fortentwicklung des Weiterbildungssystems sowie zur Stärkung der Weiterbildungskultur. Eine Online-Weiterbildungsplattform soll 2024 starten. *Quelle: BMBF, vom 27.09.2022*

Stadtrallye mit dem BV Trier in Bernkastel-Kues (Andreas Cartarius)



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rallye lauschen den Erklärungen von Andrea Wagner (stehend) zu Beginn der Stadterkundung.

Am Samstag, den 02.07.2022 bot der Bezirksverband Trier allen Mitgliedern mit ihren Familien die Möglichkeit, das malerische Bernkastel-Kues näher kennenzulernen.

Bei schönstem Wetter erkundete Groß und Klein bei einer Stadtrallye den siebentausend-Seelen-Ort. Vom traditionellen Moselwein, über die Bonbonherstellung, bis hin zur Stadtgeschichte bot die Rallye mit herausfordernden Fragen drei Stunden Abwechslung und einen weitreichenden Einblick in die Infrastruktur Bernkastels. Im Anschluss gab es bei

einer Vesperplatte die Möglichkeit des Austauschs, um den Tag gemeinsam bei einem Glas Wein ausklingen zu lassen.

Besonders erfreulich war der Besuch des Ehrenvorsitzenden des vlbs und ehemaligen Schulleiters der berufsbildenden Schule Bernkastel-Kues Jürgen Klenk, der mit seinen weitreichenden Informationen über den Ort interessante Ergänzungen zur Rallye bieten konnten.

Von allen Teilnehmern viel das Fazit der Veranstaltung gleich aus. Bernkastel ist definitiv eine Reise wert!

Mit dem OV Germersheim/Wörth auf Exkursion (MP)



Kolleginnen und Kollegen während der Exkursion in der Brauerei Bellheimer.

Markus Zöller vom OV Germersheim lud am 22.09.2022 interessierte Kolleginnen und Kollegen des OV Germersheim/Wörth zu einer Exkursion in die Brauerei Bellheimer ein.

In einer fast vierstündigen Führung erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst die Geschichte der Brauerei Bellheimer. Im anschließenden Rundgang durch die Brauerei konnten sich alle ein Bild machen.

Dabei ging es zunächst durch den historischen Teil der Brauerei, um zu sehen, wie die Herstellung von Bier früher verlief.

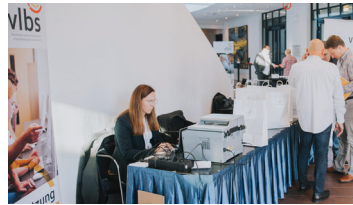
In der aktuellen Produktionsstätte konnten alle miterleben, wie aus Hopfen, Malz und einigem mehr, Bier entsteht.

Zum Abschluss stärkten sich alle bei einer Wurst mit Brötchen. Das Probieren der einzelnen Biersorten durfte dabei natürlich nicht fehlen.

Impressionen des Delegiertentages 2022 in Frankenthal (MP)



Weithin sichtbar: Durch die aktuellen Fahnen des vlbs wusste jeder, wo es hinging.



Zentraler Anlaufpunkt: Am Infostand der Landesgeschäftsstelle hatte Nina Wolf alles fest im Griff.



Ich bin dann mal weg: Christoph Ringhofer verabschiedete sich als Landesgeschäftsführer bei den Delegierten auf seine ganz persönliche Weise.

Angekommen: Der vlbs hieß alle zum Delegiertentag in Frankenthal herzlich Willkommen.



Ein Starkes Team:

Der neu gewählte Landesvorstand, v.l.n.r.: Joachim Lemmen, Markus Penner, Andreas Hoffmann, Daniela Assheuer, Harry Wunschel, Uschi Killing, Mareike Schumacher, Markus Zöller, Andreas Cartarius, Alexander Mattes und Katharina Schmitz.



Alles im Griff: Das Tagungspräsidium, bestehend aus Tagungsleiter Oliver Schmidt (rechts), Victoria Gutting und Ramin Djahazi. Sie führten souverän durch den Tag.



Gewählt: Eine Stimmkarte des Delegiertentages 2022.



Versorgung gesichert: Papiertaschen für die einzelnen Ortsverbände, gefüllt mit den neuesten Informationen.

Vor 40 Jahren (MP)

Zusätzliche Planstellen sollten durch die Reduzierung der Gehälter finanziert werden.

Diesen Vorschlag machte der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen (NRW), Herr Girgensohn.

Der Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Georg Gölder, nannte diesen Vorschlag aus NRW einen unstatthaften Versuch,

auf den Schultern eines Berufsstandes die Probleme der Allgemeinheit auszutragen zu wollen.

Die Pflichtstunden der Lehrerinnen und Lehrer sollten um eine Wochenstunde erhöht und gleichzeitig die Bezüge der Lehrkräfte um 4 % gesenkt werden.

Dieser Vorschlag aus NRW sei selbst bei den Kolleginnen und Kollegen in der

Kultusministerkonferenz nicht mehrheitsfähig.

Wie man in einer Mitteilung des Presdientestes aus dem Kultusministerium lesen konnte, war Dr. Geog Gölder gegen die Kürzung der Lehrkräftegehälter und lehnte in einer in Mainz veröffentlichten Stellungnahme entsprechende Pläne seines nordrhein-westfälischen Kultus-Kollegen ab.

vlbs-aktuell

Herausgeber • Verband der Lehrerinnen & Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705, www.vlbs.org

Vorsitzender • Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout • Markus Penner, Römerstraße 10, 55411 Bingen, Telefon 06721-400834, Markus.Penner@vlbs.org

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Einsender von Berichten, Briefen u.Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

vlbs-aktuell wird Klimaneutral gedruckt und erscheint grundsätzlich einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.